KURZINFOS

Menschen/Gruppen, die Artikel bei uns veröffentlichen wollen, können diese jeweils bis zum 15. des Vormonats am Flora-Tresen abgeben.
Wir sind froh, über jeden Artikel, den wir nicht selber schreiben müssen, damit keine Fehler aus Zeitdruck oder Informationsmangel entstehen!

Jeden ersten Dienstag im Monat gibt es eine Flora-Vokü-Vollversammlung, an der Delegierte von allen Tresenschichten teilnehmen sollen.
Wir brauchen noch Leute/Gruppen, die Lust haben, Tresenschichten zu übernehmen. Wer Interesse hat, soll doch mal bei der nächsten Vollversammlung vorbeischauen.
Die nächsten Termine:
Di., 7.7.92
Di., 4.8.92 jeweils 18 Uhr

INFO-TRESEN IN DER FLORA
JEDEN DONNERSTAG 16-21.30 UHR
Wer Informationen zur Flora haben will- was war, was ist,was soll bloß werden- soll doch mal vorbeischauen.
Die freundliche Tresenschicht gibt gerne Auskunft!!

RALF UND KNUD
Spendenkonto für Verteidigungskosten:
RA Beuth
Anderkonto "Knud und Ralf"
Hamburger Sparkasse
Kto-Nr.: 1250/124029
BLZ: 200 505 50

Jeden 1. und 3. Dienstag im Monat findet um 20.00 Uhr in der Roten Flora ein Treffen für Leute statt, die bezüglich der Flora-Parkräumung Ermittlungsverfahren laufen haben. Alle Betroffenen sollen kommen, damit ein gemeinsames Vorgehen besprochen werden kann!

ZUR VERURTEILUNG VON GERHARD BÖGELEIN
Protesterklärungen an die Prozeßgruppe
c/o Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes
Lindenallee 54
2 HH 20

Solikonto G. Bögelein
Ktonr. 1228/128938
HASPA, BLZ 200 505 50

Nach unserem grandiosen Mauerbau bauen wir weiter, um die Flora für alle angenehmer nutzbar zu machen. Dafür brauchen wir natürlich massenhaft Kohle!!
SPENDET!!
Konto: Rote Flora e.V.
Postgiroamt Hamburg, BLZ 200 100 20
Ktonr. 29492/202

ZECK

Das Flora Info

Nummer 5, Juli 1992

RASSISMUS IN DEUTSCHLAND

STOP RACISM

HAUSBESETZUNGEN IN HAMBURG

KOST NIX

DABEI: DER nicht-kommerzielle kalenda FÜR JULI

INHALTSVERZEICHNIS

Kurzinfos auf der letzten Seite
Im Mittelteil der ***Nichtkommerzielle Veranstaltungskalenda*** !!!



FOTOS: Alle vom FOTARCHIV

Impressum: ViSdP: F. Lora
Linkspfad 129a
2000 Hamburg 92

AMTSGERICHT HAMBURG
Hamburg, 04.06.1992
Sievekingplatz 3
Az.: 147-96/92

-PRESSEMITTEILUNG-

Am 04.06.1992 fand bei uns die Hauptverhandlung gegen die Beschuldigten Jan, Katharina, Ulf, Gregor und Ulli wegen Hausfriedensbruch und Beleidigung statt.
Sie werden angeklagt, in Hamburg am 27.07.1991, gemeinschaftlich handelnd, durch dieselbe Handlung, indem sie in bewußtem und gewollten Zusammenwirken und aufgrund eines gemeinsamen Tatentschlusses, gegen 12.10 Uhr über ein Baugerüst an der Ecke Johannisstraße/ Rathausmarkt, Hamburg 1, auf einen Balkon des Hamburger Rathauses stiegen und an der Balkonbrüstung zwei großflächige Transparente mit folgenden Parolen befestigten:

STADTPLANUNG
POLIZEILICH-STAATLICH
DURCHGESETZT

HACKMANN UND VOSCHERAU
KNÜPPELN FÜR DEN WOHNUNGSBAU

WOHNUNGEN SCHAFFEN OHNE WAFFEN

BESATZERinnen RAUS
BESETZERinnen REIN
FLORA-PARK BLEIBT

100 HÄUSER STEHEN LEER
WANN WERDEN SIE SANIERT
BULLENKNÜPPEL NERVEN SEHR
FLORA BLEIBT (KAPIERT)

und sodann inhaltsgleiche Parolen zu den Passanten auf dem Rathausmarkt hinunterriefen, bis sie nach einer entsprechenden Aufforderung der Polizei den Balkon unter Mitnahme der Transparente wieder verließen.
Drei der Angeklagten überfluteten uns zu Anfang gleich mit Anträgen betreffs Verlegung der Hauptverhandlung. Eine Anwältin behauptete gar, einen anderen Gerichtstermin beim AG Schleswig (mit Angabe des Aktenzeichens) zu haben. Auf solche Tricks fielen wir natürlich nicht herein, nur ein Angeklagter tauchte nicht greifbar im Ausland unter (aber den kriegen wir noch!)
Durch kurzfristige Mitteilung des Termins an die Beschuldigten konnten Protestaktionen erfolgreich abgewendet werden und eine schlechte rechtliche Vorbereitung der Angeklagten (ohne Rechtsanwälte) war gewährleistet. Zu unserem Bedauern mußten wir feststellen, daß der Zuhörerraum dennoch überfüllt war.
Damit trotzdem alles glatt geht, haben wir die Schöffen nicht in den Prozeßring steigen lassen. Wir stellten unseren stärksten Mann, Richter Graue, der mit einem furiosen Auftakt Anträge auf Nichtzuständigkeit seiner Abteilung abschmetterte (ein Angeklagter behauptete,

Richter Graue sei nach Alphabet nicht zuständig; äätsch, das macht uns nichts). Auch massivstem Prozeß der Beschuldigten hielt er stand.
Nachdem wir uns das Abgeseier der Angeklagten über Wohnungsnot und zuviel Staatsgewalt (kann's gar nicht geben!) anhörten (Ohren auf Durchzug, Gähn), mußten wir jetzt allerdings zwei Niederlagen erleben. Der Zeuge PHK Ebel, PD 125/2, behauptete doch, die Beschuldigten seien nach der ersten formlosen Aufforderung unverzüglich gegangen. Der zweite Zeuge, POM Theophil, PR12, ahnte die Panne wohl schon und erschien erst gar nicht. Der Zeugenantrag der Beschuldigten, dieser Zeuge werde das gleiche wie PHK Ebel aussagen, mußte dann als wahr unterstellt werden (Graue, Du Schlappschwanz).
Versuche, die Machenschaften des LKA 322 aufzudecken, wurden dann souverän übergangen. Da auch die Staatsanwältin sich den ganzen Prozeß über wie erwünscht verhielt, konnten wir jetzt ohne weitere nennenswerte Zwischenfälle dem Ziel zusteuern. Ein weiterer Zeugenantrag der Beschuldigten konnte abgewehrt werden (Da hat Regierungsdirektor Beiß, direkter Vorgesetzter des Polizeipräsidenten, nochmal Schwein gehabt.).
Schlag auf Schlag ging es weiter. Ein weiteres Beweisstück, eine Beiakte, deren Inhalt den Angeklagten bis zum Prozeßbeginn unbekannt war, kam ins Spiel. Hierbei handelte es sich um den Tatbestand der Nötigung am 15.04.1991 bei einer Blockade der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg Blankenese. Damit waren die geeigneten Voraussetzungen für den letzten Schlag gegeben. Richter Graue konnte dem Antrag der Staatsanwältin auf 30 Tagessätze für alle problemlos folgen.
Während der Urteilsverkündung verließ ein Beschuldigter unzulässigerweise vorzeitig den Prozeßring. Erfolgreich konnten die Gerichtsdiener ihn in den Ring zurückwerfen (im wahrsten Sinne des Wortes, guter Handgriff), so daß er der Rechtsmittelbelehrung noch lauschen konnte (zwar am Boden liegend, aber na und?).
Wieder mal ein Leerstück des Rechtsstaates!

Hochachtungsvoll
Auf Anordnung
L. Gfher
Justizangestellter

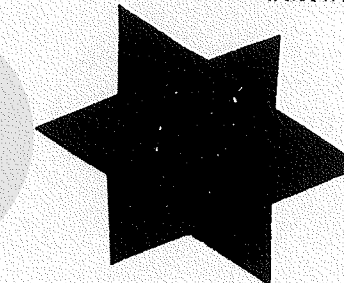
Letzte Meldung: Beschuldigte legen Berufung ein (Schweinebacken!)

DER SCHWARZMARKT ZIEHT UM

Dem SCHWARZMARKT wurde Ende letzten Jahres gekündigt. Bis zum 30.6.92 muß der Laden geräumt sein. "Offizielle" Begründung war, daß der Dachboden des Hauses, der jetzt als Trockenboden genutzt wird, in Wohnungen umgewandelt werden soll, und deswegen für die Mieterinnen und Mieter des Hauses Kellerräume hermüssen, wir also dort raus sollen, müssen.
Mit dem Verwalter war nicht zu reden.
"Komischer" Weise kam die Kündigung ein paar Tage nach der letzten Razzia im Laden. Wir wissen nicht, ob die Bullen den Verwalter unter Druck gesetzt haben oder ob reine Profitinteressen dahinterstehen.
Der Schwarzmarkt ist nicht das einzige Projekt, dem gekündigt wurde. Der Komplex mit dem Archiv für soziale Bewegungen, dem MPZ (Medienpädagogisches Zentrum, die Red.) und der JobberInnen-Büpcherei in der Thadenstraße wurde eine Mieterhöhung um 110% angekündigt. Da dies nicht tragbar ist, läuft das ebenfalls auf eine Kündigung hinaus. Dem Arbeitslosen-Zentrum in der Lindenallee sind die ABM-Stellen gestrichen worden, was ebenfalls heißt, daß sie dichtmachen müssen. Weiter ist dem Volxhaus in der Feldstraße gekündigt worden.
Wir betrachten diese Vorgehen als Teil einer Strategie, um linke Projekte zu bekämpfen.

Nach sechs Monaten hat der SCHWARZMARKT endlich neue Räume gefunden. Wir ziehen in den KLEINEN SCHÄFERKAMP 46.
Das MPZ, die JobberInnen-Bücherei und das Archiv für soziale Bewegungen haben noch nichts gefunden und müssen bis Ende September raus. Wir bitten euch, haltet Augen und Ohren offen und sagt entweder in der Thadenstraße oder im Schwarzmarkt bescheid, wenn ihr leerstehende Räume seht oder davon hört.
Im Schwarzmarkt geht JETZT der Umzugsstreß los. Im kleinen Schäferkamp muß noch wahnsinnig viel gebaut, renoviert und letztendlich gepackt und geschleppt werden. Wir sind auf Hilfe total angewiesen und es wäre völlig klasse, wenn sich möglichst viele dazu aufraffen könnten, uns mal 'nen Tag oder auch öfter zu helfen. Am besten wärs, wenn ihr euch im Laden erkundigt, wann was ansteht.

SCHWARZMARKT



RADIO ST:PAULA

wer in den letzten wochen zufällig am dienstagabend über den offenen kanal beim heimlichen ok-radio-suchen gestolpert ist, mag gestaunt haben. statt der erwarteten nachwuchs-dj's und deren unoriginellen sprüchen war vielleicht gerade ein beitrag über frauen in der ehemaligen sowietunion zu hören. oder das schöne mauerbaulied. oder auch kleine mädchen, die erzählten, warum sie gerne in den mädchentreff gehen. über solches und vieles mehr haben wir von

in unseren sendungen seit dem 21.4.92 berichtet

besteht aus frauen aus dem ehehmaligen radio st.pauli und aus neu dazugekommenen frauen und ist aus diversen auseinandersetzungen innerhalb des projektes radio st.pauli entstanden. ein neues feministisches radio.
im moment sind wir dabei, unsere sendungen zu produzieren, zu diskutieren, werbung (kotz, würg, öffentlichkeit ?!) für uns und unsere sendungen zu machen, knete zu machen und zu bauen. und - wie mensch leicht bei der aufgabenfülle erkennen kann - viel streß und viel spaß zu haben. genauer heißt das:
wir **senden** alle 14 tage dienstag 19h auf dem offenen kanal, 96,0 mhz. wir wollen jeweils immer eine halbe stunde ausführlich über ein thema berichten, bisher z.b. über frauenmusik, gefangene aus der raf und dem widerstand und im osten nix neues. die zweite hälfte der sendung ist dann kürzreren beiträgen, meldungen und veranstaltungstips gewidmet. und musik! inhaltlich wollen wir uns nicht auf die sogenannten frauenthemen beschränken, sondern versuchen, eine möglichst breite palette an themen und ereignissen zu behandeln. dies aber garantiert nicht objektiv. und schon gar nicht ausgewogen!
diskutiert haben wir viel und das werden wir in zukunft bestimmt nicht weniger tun. unter anderem haben wir grundsätzlich darüber geredet, für wen wir nun radio machen wollen. einige frauen wollen explizit radio für frauen machen, das heißt haben eindeutig frauen als "zielgruppe". andere sehen sich eher als radiomacherinnen für sowohl männer als auch frauen. wir fanden aber, daß solche differenzen in der ausrichtung nicht ausschlaggebend sind, so lange wir alle eben <u>mit</u> frauen unser radio machen wollen. außerdem reden wir immer wieder über unsere sendenformen und unsere arbeitsweisen.
werbung haben wir bis jetzt eigentlich viel zu wenig gemacht. bis auf unser "es ist ein mädchen"-flugi, ein paar plakate und artikel hat mensch von uns nicht so viel gesehen. das wollen wir dringend demnächst ändern. obwohl: eigentlich sind ja die sendungen die beste werbung. vorausgesetzt natürlich, daß sie jemand hört...
bauen tun wir in der flora. oben soll ein büro für uns entstehen- die vorderwand steht auch schon zur hälfte...
die leidige **knete** muß ja auch von irgendwoher kommen. bisher haben wir 500 mark von der gal gekriegt- um ein aufnahmegerät mitzufinanzieren. da das aber noch nicht reicht und wir etliche laufende kosten haben, jagen frauen von uns nach weiteren finanzquellen. spenden jeglicher art sind natürlich extrem erwünscht!

um den **streß**faktor zu senken und den **spaß**faktor zu heben, bräuchten wir - ja was wohl- ganz viele FRAUEN, die lust hätten, mit uns zusammen zu senden, zu organisieren, vielleicht zu bauen und nach dem plenum das kollektiv in der bartelsstr. reich zu machen. außerdem sind immer, immer frauen sowie gruppen willkommen, die gerne beiträge machen möchten.

wir treffen uns jeden dienstag 20h in der flora- im moment meist in der vokü, bald hoffentlich oben im paula-raum.

die nächsten paula-sendungen (di,19h):
30.6., 14.7., 28.7., SOMMERLOCH!

(wiederholungen jeweils am nächsten tag um 12h)
und dann wieder ab mitte september!

unsere postadresse:

c/o rote flora
schulterblatt 71
2000 hamburg 36

unser konto ist bei der haspa und heißt 3228/104182



DAS ASYLVERHINDERUNGSGESETZ

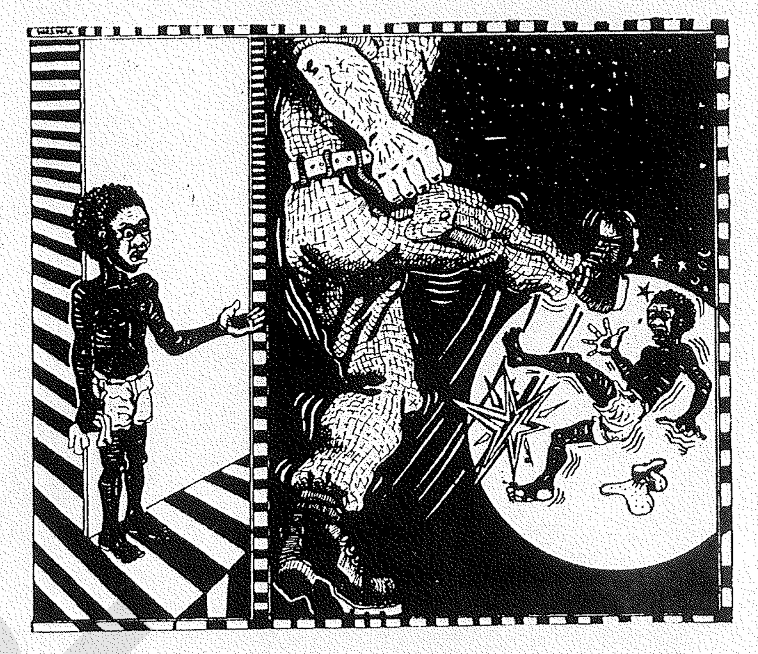
Einschätzung zum neuen Asylverfahrensgesetz

Im Folgenden dokumentieren wir den Redebeitrag zum neuen Asylverfahrensgesetz von der Antirassismus-Demo vom 27.6.92:

Am 1.Juli 1992 soll das "neue Asylverfahrensgesetz" in Kraft treten. Unter dem angeblichen Druck der Verhältnisse hat dieses Gesetz sämtliche Instanzen der Gesetzgebung im Schnellverfahren durchlaufen.
Der Einfachheit halber nennen wir dieses Bravourstück deutscher Gründlichkeit <u>DAS ASYLVERHINDERUNGSGESETZ.</u>
Dieses Asylverhinderungsgesetz reiht sich ein in eine ganze Reihe von Gesetzesveränderungen und steht für einen dem augenblicklichen politischen Klima entsprechenden Prozeß der Aushöhlung fundamentaler Grundrechte in der Bundesrepublik.
Aus den Erfahrungen des deutschen Faschismus heraus wurden diese Grundrechte als Sicherungen gegen Machtwillkür und für ein demokratisches Fundament der Bundesrepublik ausdrücklich in unser Grundgesetz eingebaut.
Jetzt dürfen wir uns schon wieder an einer Zusammenarbeit von Bullen, Verfassungsschutz und MAD erfreuen, diskutieren über den Grundgesetz §45 zum Einsatzbereich der Bundeswehr in anderen Ländern (natürlich nur als Friedensengel) und vor allem um die Quasi-Abschaffung des Artikel 16 Grundgesetz, der die selbstverständliche Pflicht der Bundesrepublik festschreibt, daß politisch Verfolgten Asyl zu gewähren ist. Einigen an der Ausarbeitung dieses Artikels Beteiligten war dessen Bedeutung grundsätzliches Anliegen, hatten sie selbst doch die Nazizeit nur durch die Aufnahme in andere Länder überlebt.
Während im Rahmen einer neuen Weltordnung Grenzen für Investitionen und Profite fallen, blocken die Staaten, in die der Reichtum der Welt fließt , mehr und mehr die Menschen ab, die vor Hunger , Elend und politischer Verfolgung dem Weg der Profite zu folgen versuchen.
Dabei sind es Länder, wie die Bundesrepublik, die durch Militärhilfe, scheinbare Entwicklungshilfe und wirtschaftliches Engagement die Lebensräume vieler Menschen in ihren Heimatländern erst nachhaltig zerstören und sie so zur Flucht nötigen.

Nehmen wir einmal an, du kommst aus einem Land , das durch intensive Ausbeutung (z.B.Monokultur) ruiniert wurde, oder aus einem Land, wo dein Leben als politisch Andersdenkende bedroht ist, du vielleicht der Folter ausgesetzt warst.

Ein langer Fluchtweg hat dich endlich an die Grenze der BRD verschlagen und du glaubst, deine Odysse könnte ein Ende haben.
Als erstes gerätst du nun aber in die Hände des Bundesgrenzschutzes. Er verfügt seit neuestem über Länderlisten des Bundesministers, die festlegen, ob es in deinem Land überhaupt politische Verfolgung gibt. Kommst du aus einem Land, zu dem die BRD freundschaftliche wirtschaftliche Beziehungen unterhält, kannst du davon ausgehen, daß es dort in den Augen des Bundesministers keine politische Verfolgung gegen wird. Somit auch keine Chance auf Asyl für dich.
Der BGS entscheidet also recht willkürlich, ob dein Asylbegehren beachtlich oder unbeachtlich ist. Wirst du als beachtlich eingestuft, werden dir sofort alle Papiere und Dokumente, die du kurz vor der Flucht noch auftreiben konntest, abgenommen und zur Zentralen Anlaufstelle (ZAST) geschickt, in der du dich innerhalb einer Woche einzufinden hast. Meldest du dich nicht rechtzeitig, wirst du zur Fahndung ausgeschrieben und bei Festnahme voraussichtlich abgeschoben.



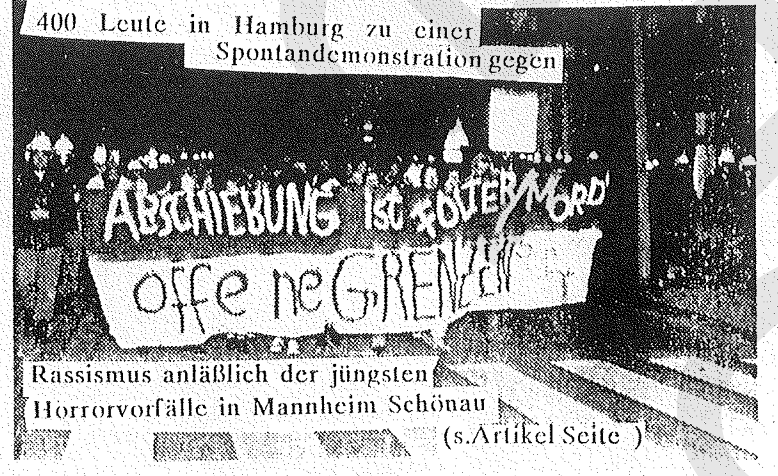
Alle Flüchtlinge werden in der ZAST erkennungsdienstlich behandelt, die Daten europaweit abgeglichen, fast so, als lege ein "erhebliches kriminelles Potential" vor.
Außerdem müssen sie sich einer Gesundheitsuntersuchung unterziehen lassen. CSU- Stäuber fordert bei AIDS sofortige Abschiebung innerhalb von 24 Stunden. Eine rassistische Sonderbehandlung ohnegleichen!!!

Nach dieser "Eingangsprozedur" bekommen die Flüchtlinge einen Platz innerhalb der ZAST zugewiesen. Grundsätzlich werden alle eingereisten Flüchtlinge in den 21 zentralen Anlaufstellen /Sammellagern mit mindestens 500 bis über 1000 Plätzen (!) zusammengepfercht. Sie erhalten keine Sozialhilfe, keine Betreuung, für Folteropfer wird sich ebensowenig jemand interessieren, wie für die von der Odyssee ihrer Flucht erschöpften Menschen.
Im Lager besteht Anwesenheitspflicht. Manche Lager sind mit NATO-Draht militärisch gesichert.
Die Lagerverwaltung erhält Polizeibefugnisse, darf also kontrollieren, verhaften, durchsuchen, einsperren nach Herzenslust. Wer die ZAST länger als einen Tag ohne, oder länger als drei Tage mit Erlaubnis verläßt, ist in Haft zu nehmen.
Zu bemerken ist, daß die Standorte für diese neuen Internierungslager vorwiegend in ländlichen Gebieten geplant sind; es ist zu erwarten, daß dort kaum die Kapazitäten an juristischer Beratung und Betreuung geschaffen werden können, um einer derart großen Zahl sprach- und rechtsunkundiger Menschen wirksam zur Seite stehen zu können.
Gesellschaftspolitisch gibt eine solche Ausgrenzung jenen Auftrieb, die Menschen anderer Herkunft ohnehin als "Fremde" vom Leben in der BRD ausschließen wollen.
Es werden Orte geschaffen, die sich als Ziele faschistischer Militanz geradezu anbieten- es sei denn, man plane zugleich, diese Lager polizeilich/militärisch zu sichern.

In der ZAST angekommen, müssen Flüchtlinge ihren Asylantrag innerhalb von drei Tagen stellen. Nach einer Frist von weiteren vier Tagen müssen sämtliche Beweise, Zeugenaussagen für das Asylverfahren vorliegen- danach kann nichts mehr nachgereicht werden, wird nichts mehr für das Asylverfahren berücksichtigt und nach "Aktenlage" entschieden. In solch kurzer Zeit ist das Asylverfahren nicht zu durchschauen! Die vielen Fallstricke sind kaum zu umschiffen, anwaltlicher Rat nicht einzuholen. Im Heimatland von der Polizei verfolgt und gefoltert, stehen die Flüchtlinge hier erneut einer Polizei gegenüber, der sie wohl kaum Vertrauen entgegenbringen können. Davon abgesehen geht es bei einer Flucht nicht unbedingt wie bei einem wohlgeplanten Urlaub zu. Wer womöglich Hals über Kopf das Land verlassen mußte, wird kaum in der Lage sein, sämtliche Belege und Beweise für die Fluchtgründe gleich mitzubringen.
Mit solchen Fristen und Regelungen wird Erfolgslosigkeit von Asylanträgen im Gesetz verankert! Auf die Befindlichkeit der einzelnen Menschen wird keine Rücksicht genommen.
Nach maximal zwei Wochen erfolgt die Anhörung vor den Schnellrichtern des Bundesamtes (Zirndorf). Das sind 2000 Bundeswehroffiziere (!!!), die derzeit angelernt werden bzw. ihren Marschbefehl erhalten. Für die Anhörung selbst müssen weder die Flüchtlinge selbst, noch eventuell vorhandene Anwälte geladen werden.

Die Termine müssen irgendwelchen schwarzen Brettern entnommen werden. Erscheint Mensch nicht, wird nach "Aktenlage" entschieden, d.h. in der Regel abgelehnt!
Wird der Asylantrag als "offensichtlich unbegründet" abgelehnt - und das ist in allgemeinen Notlagen, Krieg, Bürgerkrieg oder wirtschaftlicher Not der Fall - wird die Abschiebung verfügt.
Mit diesem Schnellverfahren sollen 40 - 50 % aller Asylbewerber schon nach 6 Wochen wieder abgeschoben werden. Diese Zahlen stammen aus einem Modellversuch in Karlsruhe.
Für Widerspruchsverfahren im Falle "unbegründeter" Asylanträge werden in den Lagern Nebenstellen der Verwaltungsgerichte eingerichtet, in denen Einzelrichter entscheiden.

In der Nacht des 13.6.92 versammelten sich ca. 300 bis 400 Leute in Hamburg zu einer Spontandemonstration gegen



Rassismus anläßlich der jüngsten Horrorvorfälle in Mannheim Schönau (s.Artikel Seite)

Ablehnungen müssen nicht mehr begründet werden, die Berufung ist nicht zugelassen.

Dieser Gesetzentwurf zur Neuregelung des Asylrechts verstößt z.T. gegen die doch sonst in allen bürgerlichen Parteien und Spektren als unantastbar und als Basis der bundesdeutschen "Demokratie" geltenden Verfassung (weswegen sie den Artikel 16 GG ja auch unbedingt loswerden wollen) und es hat den Charakter einer Notstandsgesetzgebung. Es ist ein Kampfgesetz gegen Flüchtlinge und ein Angriff auf Grund- und Menschenrechte.
Wenn in der Asylfrage nun das Grundgesetz angegangen wird, ist ein Damm gebrochen. Mit dem Abbau von Grundrechten wird beim schwächsten Glied angefangen - bei den Flüchtlingen. Wir fragen uns, wann diese Art von Gesetzesregelungen auch wieder auf andere unerwünschte und unbequeme Menschen ausgedehnt wird.

Hinter dem Asylverhinderungsgesetz lauert die Abschreckung. Doch auch dieses Gesetz wird nicht verhindern, daß Menschen in der BRD Zuflucht suchen, denn es beseitigt die Fluchtursachen nicht.
Immer mehr Menschen werden also "illegal" in die BRD kommen. Das bedeutet, Sozialhilfe-, Unterbringungs- und Verwaltungskosten fallen weg. Für den Arbeitsmarkt bedeutet dies eine

große Anzahl billigster Saison-, Feld-, Putz- und BauarbeiterInnen und Prostituierte, deren Stundenlöhne im 3DM-Bereich liegen dürften.
Schon jetzt sichtbar wird es, wie in England und Frankreich, die Polizei sein, die nach solcherart Illegalisierten fahnden wird. Das wird natürlich alle treffen, die "anders" aussehen: Schwarze, Farbige, AusländerInnen. Sie werden mit Begründungen wie "Zigarettenschmuggel", "Drogenhandel" oder "Illegalität" einer permanenten Jagd durch Polizeibeamte (an der Grenze BGS) ausgesetzt sein. Alle "Fremden" werden als verdächtig gelten. Sie werden einer Sonderbehandlung ausgesetzt sein, die, weil sie nur Farbige trifft, rassistisch ist.

Die Praxis der Massenabschiebungen von in den neuen Internierungslagern zusammengepferchten Flüchtlingen wird ohne die berüchtigten Sondertransporte kaum denkbar sein.

Wer vorgibt, mit Gesetzesänderungen Flüchtlinge fernhalten zu können, täuscht die Bevölkerung. Es gibt künftig nur eine Alternative: entweder wir mauern uns ein oder wir sind bereit, den Reichtum der Welt gerecht zu teilen und gleichzeitig für die Aufhebung der Ausbeutung des Trikonts zu sorgen.

Wer die Augen vor der jetzigen unmenschlichen und rassistischen Politik verschließt, drückt eine Haltung aus, die nichts anderes sagt, als: Für eine schwarze Haut nicht den weißen privilegierten Arsch riskieren. Mit dieser Haltung nimmt mensch sich aus Angst vor Verlust aus der Schußlinie und opfert die, die angegriffen werden. Die Konsequenzen solchen Verhaltens sind seit den 30er Jahren bekannt, und sie sind katastrophal.

MISCHT EUCH EIN !
GEHT ZU DEN FLÜCHTLINGEN IN DIE LAGER. SOLIDARISIERT EUCH. BRECHT DIE ISOLIERUNG.
MISCHT EUCH EIN, WENN IHR RASSISTISCHE BEHANDLUNG VON POLIZEI ODER BEVÖLKERUNG MITBEKOMMT!
UNTERSTÜTZT FLÜCHTLINGE IN IHREM KAMPF UM MENSCHENWÜRDIGE LEBENSBEDINGUNGEN - IN IHREN WOHNUNTERKÜNFTEN, AUF DEN BEHÖRDEN, AUF DER STRAßE!
GEGEN DIE HERRSCHENDE ORDNUNG DER WELT
BLEIBERECHT FÜR ALLE
BIS JEDE GRENZE FÄLLT!!!

Am 27.6.92 demonstrierten ca. 500 Menschen durch die Hamburger Innenstadt bis hin zu den Flüchtlingsschiffen, um gegen den Rassismus in Deutschland



zu protestieren und den Flüchtlingen ihre Solidarität zu bekunden.

MANNHEIM 1992- RASSISMUMS PUR

Von jugendlichen Schlägertrupps, Neonazis 400 Beifall klatschenden "anständigen Bürgern

und der Strategie der Repression

Nach Lebach und Hoyerswerda wird nun Mannheim-Schönau zum Synonym für eine neue Qualität des bundesdeutschen Rassismus.
Anders als bei den schweren Angriffen auf Flüchtlingsheime in den beiden anderen Städten, welche die Spitze des Eisbergs rassistischer Gewalt in Deutschland darstellen, wurden die Vorfälle in M-Schönau kaum zu einem überregionalen Thema in den bundesdeutschen Medien.
Anlaß für die Angriffe auf ein Flüchtlingsheim, die am "Himmelfahrtstag",den 28.5.ihren Höhepunkt fanden, war das inzwischen widerlegte Gerücht, ein Flüchtlingsheimbewohner habe ein 16 jähriges Mädchen vergewaltigt. Das Gerücht war der Funke, der das Pulverfaß Rassismus (latent vorhanden und gezielt geschürt) zum Explodieren brachte - ein willkommener Vorwand, endlich zuschlagen zu können.

Am Abend des 28.5 ziehen ca. 400 Schönauer rassistische Parolen wie "Nur ein toter Neger ist ein guter Neger" gröhlend vor das Flüchtlingslager und wollen "Asylanten schlachten." Teilweise mit Baseballschlägern bewaffnete Jugendliche marschieren unter der Rückendeckung der 400 ganz "normalen" Bürgern auf das Lager zu und schneiden an dessen Rückseite ein Loch in den Zaun. Die Polizei greift ein; viele Schlägertrupps werden festgenommen , der Bürgermob hingegen wird recht behutsam abgedrängt. Erst gegen Mitternacht beruhigt sich die Lage. In den darauffolgenden Tagen wiederholt sich die gespenstische Szenerie.



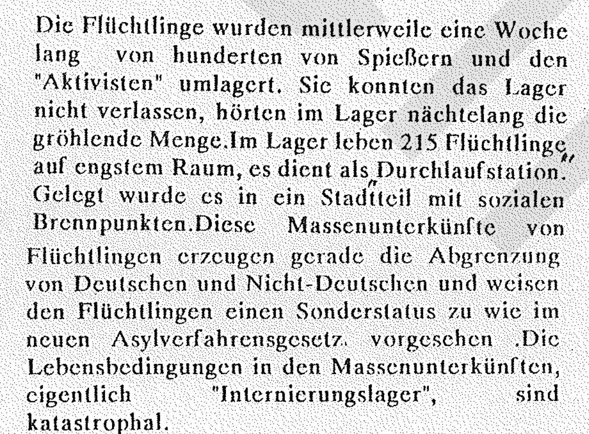
Begonnen hatte die Belagerung des "Sammellagers" am 26.5., kurz nachdem das Gerücht um die Vergewaltigung in Umlauf gebracht wurde, durch ca. 20 bis 30 mit Baseballschlägern bewaffnete Schönauer .Die Polizei ging gegen die Schläger sehr zurückhaltend vor. Im Polizeibericht für die Medien heißt es "verharmlosend", so die Beurteilung des konservativen "Mannheimer Morgens"v.3o.5:" Die Beamten redeten auf die Jugendlichen ein und konnten sie überzeugen, die Stätte zu verlassen." Am nächsten Tag wiederholte sich die Ansammlung von Schlägern.

Die Polizei verhinderte größere Angriffe auf die "Erstaufnahmeeinrichtung"- die Flüchtlingsunterkunft- und meldete: " Keine besonderen Vorkommnisse ." Tagsdarauf, am besagten "Himmelfahrtstag"- dem Vatertag, eskalierte die Situation dann: Ganz "normale" Bürger, vornehmlich aus dem Arbeitermilieu ,aber auch aus der unteren Mittelschicht - Kleinbürger -,Privilegierte wie Unterprivilegierte, kamen zum Lager und klatschten den Jugendlichen Beifall, die zur Tat schritten. Die Polizei konnte nur mit massiven Kräften größere Angriffe auf die "Sammelunterkunft" wie in Hoyerswerda verhindern. Im Polizeibericht sind diese Vorfälle wieder nur ziemlich knapp und ungenau beschrieben. An der Verharmlosung der Vorfälle durch die Polizei übt selbst die erwähnte Zeitung Kritik: " Die Verhältnisse zu beschönigen, gar eine Nachrichtensperre auszuüben (...) ist eine falsche Politik." Zur Verharmlosungspolitik paßt die beschwichtigende Erklärung des Mannheimer Oberbürgermeisters Widder (SPD) an diesem Tag in einem verteilten Flugblatt mit dem Tenor, er werde für Ordnung im "Asyllager" sorgen und die soziale Zusammensetzung der "Asylanten" verändern. Obwohl Widder bekanntgab, daß "die Kripo einen 26 jährigen, ebenfalls auf der Schönau, aber nicht in der Landesunterkunft wohnhaften Zivilamerikaner als Tatverdächtigen ermittelt" hat, erklärt er, daß "der Anteil von

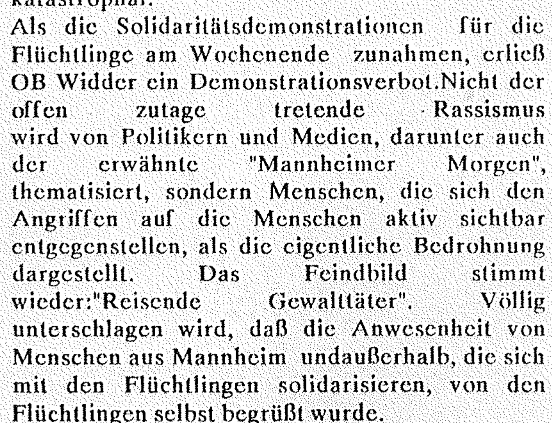




jungen Alleinstehenden (Männern, der Verf.) gesenkt wird." (Flugblatt) Er will "Sorge dafür tragen, daß Provokationen (...) seitens der Bewohner unterbleiben." OB Widder thematisiert nicht etwa die rassistische Aggression selbst, sondern macht in seiner populistischen Erklärung Opfer ,die Flüchtlinge, zu Tätern. Statt sich abzugrenzen, wird dem "Volk" nach dem Maul geredet unter Verdrehung der Tatsachen. Die "Reps" werden sich beim nächsten Wahlkampf wieder als"konsequentere" Alternative- keine unterschwellige Ablehnung der Flüchtlinge , sondern offene- anbieten (oder das DVU-Gesocks.)
Am darauffolgenden Wochenende ging der pogromartige Bürgermob wieder vors Lager. Es bildeten sich dabei auch Demonstrationen gegen den Bürgermob von Menschen, die sich mit den Flüchtlingen solidarisierten und versuchten, das Flüchtlingsheim zu schützen.

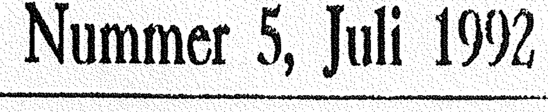


Die Flüchtlinge wurden mittlerweile eine Woche lang von hunderten von Spießern und den "Aktivisten" umlagert. Sie konnten das Lager nicht verlassen, hörten im Lager nächtelang die gröhlende Menge.Im Lager leben 215 Flüchtlinge, auf engstem Raum, es dient als Durchlaufstation. Gelegt wurde es in ein Stadtteil mit sozialen Brennpunkten.Diese Massenunterkünfte von Flüchtlingen erzeugen gerade die Abgrenzung von Deutschen und Nicht-Deutschen und weisen den Flüchtlingen einen Sonderstatus zu wie im neuen Asylverfahrensgesetz vorgesehen .Die Lebensbedingungen in den Massenunterkünften, eigentlich "Internierungslager", sind katastrophal.



Als die Solidaritätsdemonstrationen für die Flüchtlinge am Wochenende zunahmen, erließ OB Widder ein Demonstrationsverbot.Nicht der offen zutage tretende Rassismus wird von Politikern und Medien, darunter auch der erwähnte "Mannheimer Morgen", thematisiert, sondern Menschen, die sich den Angriffen auf die Menschen aktiv sichtbar entgegenstellen, als die eigentliche Bedrohnung dargestellt. Das Feindbild stimmt wieder:"Reisende Gewalttäter". Völlig unterschlagen wird, daß die Anwesenheit von Menschen aus Mannheim undaußerhalb, die sich mit den Flüchtlingen solidarisieren, von den Flüchtlingen selbst begrüßt wurde.
Auch nach dem Wochenende zogen immer wieder Schlägertruppen vors Lager. Als Menschen am 2.6. abends versuchten, eine Solidaritäts-Mahnwache für die Flüchtlinge durchzuführen, wurde diese von Schönauern angegriffen. Daraufhin nahm die Polizei die Mahnwachen-TeilnehmerInnen fest; der Bürgermob blieb weiterhin vor dem Flüchtlingsheim.

Am Samstag, den 6.6. sollte dann eine größere Demonstration für die Flüchtlinge und gegen die Hetze auf der Schönau stattfinden. Die

Das Flora Info

Nummer 5, Juli 1992



Flüchtlinge fanden die Idee einer solchen Demonstration gut. OB Widder verhängte jedoch über den ganzen Stadtteil ein Demonstrationsverbot. Um einer Konfrontation aus dem Weg zu gehen, beschloß das Mannheimer Bündnis gegen Rassismus als Demo-AnmelderIn, die Demo in die Mannheimer Innenstadt zu verlegen. Auch dies wurde von den Verantwortlichen, dem jede Solidarisierung mit den Flüchtlingen ein Dorn im Auge ist, kurzerhand untersagt. Gerichtliche Schritte blieben nicht zuletzt wegen der Kürze der Zeit ohne Chance. Am Samsatag abend versammelten sich zunächst 500 Leute in der Innenstadt. Angesichts der kampfbereit anrückenden
Polizei, zog sich der kaum formierte Demozug vom Kundgebungsplatz zurück. Wie ein Bericht der FR v. 10.6. und eine Videodokumentation der Heidelberger Mediengruppe "Schrägspur" nachweisen, ging von der Demo nicht die leiseste Provokation aus.



Dennoch knüppelte die Polizei auf jede und jeden ein, die sich in der Innenstadt versammelt haben. Dabei gab es äußerst brutale Verfolgungsszenen. Lassen wir die FR sprechen:" In den Hauseingängen der Seitenstraßen schlugen Polizisten vor laufenden Kameras auf bereits am Boden liegende Frauen , die sich nicht wehrten, ein. Verletzten wurde Verbandsmaterial aus den Einsatzfahrzeugen verwehrt." Bei der Gelegenheit - der Auflösung der Demo- griff die Polizei auch gleich das bei den Verantwortlichen ungeliebte Jugendzentrum an, um dieses wie die Demo glei ch mitzukriminalisieren.

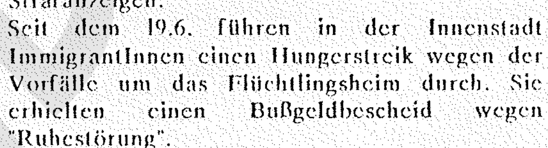
Die gewaltsame Auflösung der Demo verfolgte nur einen Zweck: die Kriminalisierung von Menschen, die sich dem Bürgermob entgegenstellen. Über das Feindbild Demonstrant sollte der Bürgermob gebunden werden, von dessen Rassismus sollte abgelenkt werden.(Und der zuvor geschürte Rassismus soll von sozialen Problemen ablenken: Sündenbock Flüchtling.)
Alle Regionalberichte der Medien stiegen wie gleichgeschaltet auf die Kriminalisierungsschiene ein, überregional schweigen fast alle Medien die Vorfälle in Mannheim Schönau tot. RTL+ übernimmt in der bundesweiten Ausstrahlung die Kriminalisierung: "Es gab schwere Ausschreitungen, Polizei nahm Randalierer fest". Ansonsten wird nichts berichtet. Die Vorfälle lassen sich ja auch nicht wie in Hoyerswerda dem "verordneten Antifaschismus" der DDR und dem mangelnden "demokratischen Bewußtsein" der



Ostdeutschen zuschreiben...
Die fortdauernde Belagerung des"Sammellagers" durch 100 erte von Schönauern und die brutale Auflösung der letzten Demonstration veranlaßte das Mannheimer Bündnis für den darauffolgenden Sonnabend, den 13.6. eine bundesweite Demo zu organisieren. Gegen diese Demo wurde von Politikern, deren Sprachrohre, die lokalen Medien, bisher einzigartig Stimmung gemacht: OB Widder und der Polizeipräsident ließen 20.000 Flugblätter verteilen, in denen vor der angeblichen "Gefährdung der öffentlichen Sicherheit" - eine Gummiformel- gewarnt wird."Bewahren Sie Ruhe und lassen Sie sich nicht provozieren.(...) Geben Sie der Gewalt keine Chance!" Ebenfalls wurde in Anzeigen dazu aufgefordert, Geschäfte zu schließen und nicht mehr auf die Straße zu gehen. Im "Mannheimer Morgen" wurden Namen und Adressen der Demo-AnmelderInnen bekanntgegeben. Damit wurde u.a. bewußt Gewaltaten gegen diese Leute in Kauf genommen.
Am Samstag, den 13.6., war Mannheim wieder im polizeilichen Belagerungszustand, auf allen Zufahrtsstraßen waren weiträumig aufgebaute Vorkontrollen. Sogar in anderen Städten verhinderte die Polizei -teilweise durch Einkesselung auf den Abfahrtsstraßen, die Fahrt von DemonstrantInnen nach Mannheim, 120 Leute wurden beispielsweise in Karlsruhe festgenommen. Bei Vorkontrollen wurden 189 Menschen in "Gewahrsamnahme" festgenommen, einer Vorbeugehaft: Ohne sich was zu "schulden" kommen zu lassen, wird mensch festgenommen - präventiv versteht sich - teilweise die ganze Nacht lang.Diese Art von Vorkontrollen konnten nur aufgrund des Demo-Verbots vorgenommen werden, wie der Einsatzleiter offen zugab.
Gegen 19 Uhr versammelten sich in der Mannheimer Innenstadt ca. 200 Mannheimer DemonstrantInnen und ein Teil der Auswärtigen, die es geschafft haben durchzukommen.Die Demo wuchs später auf ca. 25oo Leute an, wurde von unterschiedlichen politischen Richtungen getragen. Das Konzept der Polizei, die Demo durch Vorkontrollen und massive Einschüchterung unmöglich zu machen, war gescheitert. Lassen wir zum Polizeikonzept die FR vom 15.6. sprechen : "...Sämtliche Zufahrtsstraßen waren abgeriegelt, um auswärtige DemonstrantInnen von der Teilnahme am Protest abzuhalten." Als die Polizei eine Mobilsierung von breiteren Bevölkerungsschichten wahrnahm, entschied sie sich die Demo nicht gewaltsam aufzulösen, wollte sie nicht die "anständigen" BürgerInnen angreifen. Die Demo gelang, es kam "nur" zu einem Übergriff auf den Ermittlungsausschuß: Die Leute wurden verhaftet und erhielten Strafanzeigen.



Seit dem 19.6. führen in der Innenstadt ImmigrantInnen einen Hungerstreik wegen der Vorfälle um das Flüchtlingsheim durch. Sie erhielten einen Bußgeldbescheid wegen "Ruhestörung".





ZUM PROZEß GEGEN DIE LOHBRÜGGER NAZI-SKINS

Der Prozess gegen die drei Lohbrügger Skinheads Markus Helms, Christian Obrembalska und Christian Haupt, die am 20. Juli 1991 einen türkischen Kollegen fast getötet haben, geht dem Ende zu.

Das Motiv und der politische Hintergrund der Tat wurden während der Verhandlung nicht geklärt. Alle Versuche während der Beweisaufnahme, die darauf abzielten, wurden von Richter Dahn abgeschmettert. Der Prozess war und ist von einem imensen Zeitdruck geprägt, weil der vorsitzende Richter im Juli in Pension geht. So "konnten" offensichtliche Falschaussagen und Absprachen der Angeklagten und ZeugInnen aus dem Umfeld der Angeklagten nicht geklärt werden. Ebensowenig wurde auf den politischen Hintergrund eingegangen. Das zeigt auch die "tiefgründige Befragung" Dahms in der Vernehmung von Angeklagten und Zeugen.("Sind Sie ausländerfeindlich?" "Ja!" "Das sollten Sie aber nochmal überdenken.") Solch ein Umgang mit konkreter rassistischer Gewalt ist eine Farce und ein Hohn für alle diejenigen, die von den weiterhin massiv stattfindenden Angriffen betroffen sind.
Als Alibi für die Rechtsstaatlichkeit mußte dann auch der Oberste vom Hamburger Amt für Verfassungsschutz herhalten. Er brachte die Sätze, daß die Skinheads die "unorganisierte Form des Neonazismus" seien und daß die Rekrutierung von Skinheads durch organisierte Faschisten heute stärker gelänge als vor Jahren. Neuerdings könne die Skinheadszene gut funktionalisiert werden wie zB in Hoyerswerda.
Rechtsanwalt Rieger (Verteidiger von Helms), der außerhalb seiner anwaltlichen Tätigkeit sein Bestes gibt, den Rassismus zu propagieren, gibt juristisch ein eher schwaches Bild ab. Weiterhin verdreht er bestehende Gewaltverhältnisse und stützt sich auf die obskure und makabre Kalkulation, daß in der "Verlustbilanz" auf einen toten Türken zehn tote Skins kämen.
Die LKA-Gutachterin Kluß (Dipl.Biologin) wird noch einmal geladen, um zu den Blutanhaftungen an der damaligen Kleidung der Angeklagten etwas zu sagen. Rieger ist in diesem Punkt der Meinung, daß türkisches Blut anders sei als deutsches (!).

Letzter Stand

Durch 20 neue Beweisanträge von RA Rieger verschiebt sich das Datum der Urteilsverkündung. Ende Juli geht die Beweisaufnahme weiter.

Die Redaktion

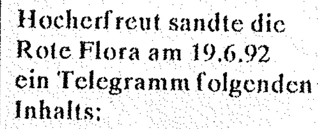


Skin-Terror: Bauern griffen zur Mistgabel

Ein ganzes Dorf haute den Neonazis die Hucke voll
Sirene holte sogar die Feuerwehr aus den Betten

Mopo 16.6.92

Karl Domann griff zur Mistgabel: „Als die Skins das sahen, hauten die ersten ab."



Hocherfreut sandte die Rote Flora am 19.6.92 ein Telegramm folgenden Inhalts:
An den Bürgermeister von Proschim: Herzlichen Glückwunsch zu Eurer gelungenen Aktion gegen die Skins!
ROTE FLORA, Hamburg









2000 Genossen und Genossinnen demonstrierten am 20.6.92 in Bonn

Jägerpassage verteilt watt

Wer immer noch glaubt, daß die Jägerpassage (Jäpa) in der Wohlwillstraße 22 seit 2 1/2 Jahren Verträge hat, hat wahrscheinlich bald nicht mehr so ganz unrecht.

Falsch ist, daß wir seit über 2 Jahren einen Vertrag haben. Wir haben überhaupt keinen.

Richtig ist, daß wir jetzt einen unterschreiben müssen oder wir werden geräumt.

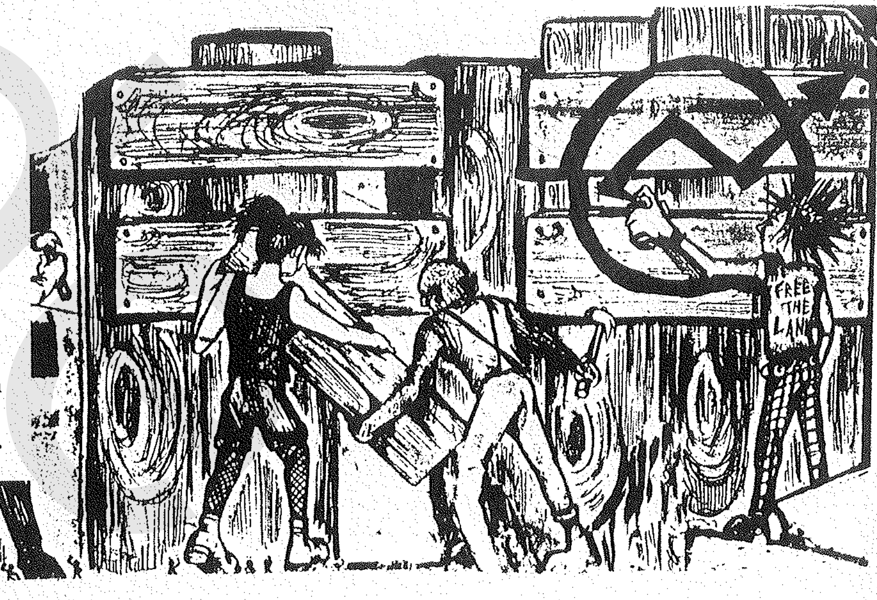
Tatsache ist also, daß wir hier die ganze Zeit ohne Verträge leben - und das ganz gut. Kurz und knapp gesagt, haben wir das Hausnach dem langen Leerstand wieder bewohnbar gemacht (Strom, Wasser, Fenster etc.). Seit Anfang des Jahres machen wir wieder regelmäßig montags VoKü, Freitags Kneipe. Die letzten Monate gab es etliche Konzerte und Veranstaltungen zu aktuellen Themen. Der Druck auf uns, ob nun Verträge und wann und wie, hielt sich die ganze Zeit über in Grenzen. Wir haben der Lawaetz-Stiftung (offizielle Verwalterin) vor einem Jahr deutlich gemacht, daß wir Standardverträge wie den 61seitigen Chemnitzvertrag ablehnen. Daraufhin wurden die Vertragsangebote zwar kürzer, der Inhalt war aber im wesentlichen derselbe. Sie entsprachen nicht unseren Vorstellungen von selbstbestimmten Wohnen und Instandsetzen.

Die Verhandlungen steckten in der Sackgasse.

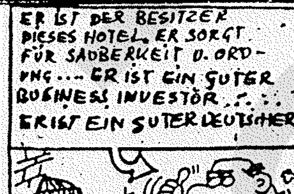
Auf Bestreben der Lawaetz hin wurden Vermittler eingeschaltet, die die festgefahrene Situation wieder bewegen sollten. Nachdem von unserer Seite die Verhandlungen wieder belebt wurden, haben wir jetzt ziemlich unvermittelt von der Lawaetz ein Ultimatum gestellt bekommen, innerhalb von 5 Wochen zu einer Vertragseinigung zu kommen. Dabei geht es der Lawaetz um die "vertraglichen Vereinbarungen über die Nutzung, Sanierung und den Einsatz der Architekten" (O-Zitat). Die Drohung, die hinter diesem Ultimatum steht, ist deutlich. Entweder wir kommen innerhalb der nächsten Wochen zu einem handfesten Resultat (sprich Verträge) oder die Lawaetz muß "anders eine Entscheidung herbeiführen..." (O-Zitat).

WAS IST DAMIT WOHL GEMEINT ?

Auch wenn wir sehr gut ohne irgendwelche Verträge auskommen, wie wir seit über 2 Jahren festgestellt haben (Selbstorganisation ist immer noch das Schönste), stehen wir jetzt an einem Punkt, an dem wir zu einer Vertragseinigung gezwungen werden sollen.











Von Natur aus skeptisch gegnüber staatlichem Vetragspokerer erscheint uns diese kurze 5-Wochen-Frist nun eher merkwürdig als eine kontinuierliche Fortsetzung der Vertragsverhandlungen. Nach zweieinhalb Jahren Verhandlungen...und nun 5 Wochen. Es darf spekuliert werden, wer da seine Häne mit im Spiel hat. Wir selber werden jetzt einen Vertrag vorlegen, der unseren Vorstellungen von Selbstverwaltung am meisten entspricht. Wie Lawaetz, die Baubehörde und andere damit "befassten Organe" dazu stehen werden, ist eine politische Richtungsfrage im Umgang mit Häusergruppen im Jahr 1992. Wir werden sehen...

Ansonsten kommt doch mal vorbei, z.B. am Montag ab 20.00 Uhr zur VoKü oder freitags ab 22.00 Uhr zur Kneipe. Konzerttermine werden plakatiert.→

Der Frauenbauwagenplatz Große Brunnenstr.71/73 ist aufgefordert worden, den Platz bis zum 1.8.92 zu räumen. Den offenen Brief des Umstrukturierungsplenums dazu findet Ihr in der neuesten Ausgabe der OHM.

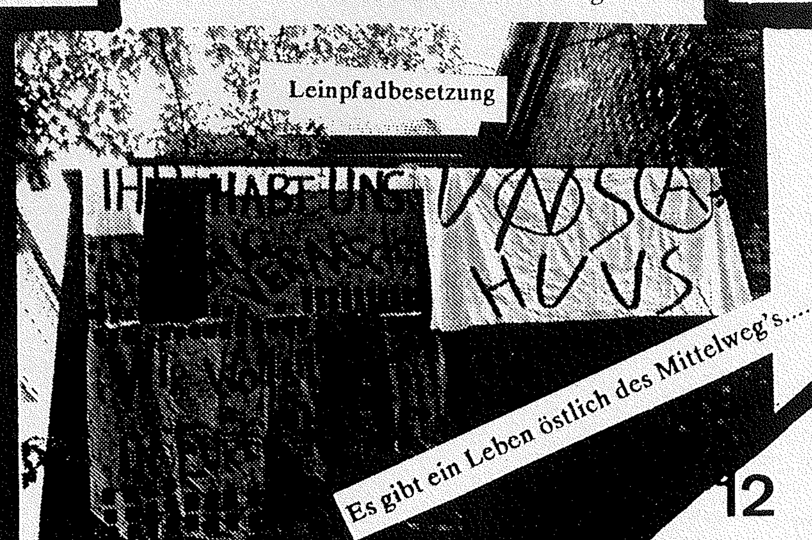
LEINPFAD 55 BESETZT

Am 13.6. wurde von den Kanalratten die Villa im Leinpfad 55 besetzt, welche seit 8 Jahren leersteht. Das Haus (650 qm Wohnfläche und 2000 qm Grundstück) ist in sehr gutem Zustand- es kommt in regelmäßigen Abständen eine Person vorbei, welche die nötigsten Arbeiten am Haus verrichtet (kaputte Fenster reparieren usw.). So wird es auch im Sommer belüftet und im Winter beheizt.

Durch AktivbürgerInnen alarmiert, waren die Schergen auch in kürzester Zeit vor Ort. Die Besitzerin, Maria Wohlers-de Meie traf mit ihrem Erbschleicher (Schwiegersohn) gleichfalls zügig ein. Dieser unterband, gemeinsam mit dem Einsatzleitenden Oberschergen vor Ort,daß Gespräche zwischen Besitzerin und BesetzerInnen geführt werden konnten.

So wurde von Besitzerinnenseite die Räumung bis zum Abend gewünscht, die Schergen räumten ein, auch schon früher räumen zu wollen. Die Bullen marschierten dementsprechend schnell auf, die Kanalratten verließen das Haus nach 100 (!) Minuten, da sie keine Möglichkeit sahen, daß Haus gegen die Schergen zu halten. Es wurde eine Spontandemo den Leinpfad hinunter durchgeführt und sich aufgelöst, um einer Personalienfeststellung oder ED-Behandlung seitens der Schergen zuvorzukommen.

Heute ist nicht alle Tage......



Leinpfadbesetzung

Es gibt ein Leben östlich des Mittelweg's....

Es gibt ein Leben nördlich der Fruchtallee

Nach einjähriger Zwangspause wagten wir, die Reste der Tegethoffgruppe, erneut den Sprung von der Theorie in die Praxis. Am Pfingstsamstag besetzten wir das seit drei Jahren leerstehende Haus in der Wrangelstr.59.Im Laufe dieser eher spontanen Besetzungsaktion entwickelte sich mit vielen neuen Leuten eine feste Häusergruppe. Da die Herrschenden uns leider nur 5 Tage Zeit ließen , befinden wir uns noch in dem Stadium der Selbstfindung.

Deswegen kann hier keine Selbstdarstellung folgen, sondern nur ein kurzer Abriß der Ereignisse.

Als Besitzerin des Hauses entpuppte sich während der Besetzung die Griechische Gemeinde eV, ein weltlicher Zusammenschluß von Griech Innen in Hamburg. Sie plant den Abriß des Gebäudes und den Neubau eines siebenstöckigen Luxuswohnhauses mit integriertem Gemeindezentrum. Aufgrund dieser Information haben wir unsere ursprüngliche Absicht, das gesamte Haus für unser Wohnprojekt zu erkämpfen, nicht weiter verfolgt. Wir sind uns über die Notwendigkeit eines solchen Gemeindezentrums im klaren. Wir torpedieren nicht die Eigeninitiative von AusländerInnen, die sich organisieren, um ihren Bedürfnissen Raum zu verschaffen. Dies ist jedoch kein Grund für den Abriß billigen Wohnraumes, zumal auch das vorhandene Haus ausreichenden Platz bietet für Gemeindezentrum UND Wohnprojekt.

Während der Verhandlungen mit der Besitzerin wurde bald klar, daß diese an einer Zusammenarbeit mit uns nicht interessiert ist. Die Vertreter der Gemeinde reagierten mit Unverständnis auf unsere Vorschläge zum Erhalt des Hauses. Die "Verhandlungen" waren also nur der Versuch, die Besetzung möglichst unspektakulär zu beenden. Über die Einbeziehung alternativer Sanierungsträger wurde nicht nachgedacht. Als Abriß-Grund wurde eine PER- Verseuchung vorgeschoben (Im Gebäude befand sich eine Reinigung). Diese wird jedoch von der PER-Initiative als sanierbar eingestuft.

Aus der Lage des Grundstücks und der geplanten Finanzierung des Neubaus über private Gelder ergibt sich ein voraussichtlicher Mietpreis von 25 Mark pro m2. Um dies zu verhindern, hielten wir das Haus nach den gescheiterten Verhandlungen weiterhin besetzt.

Am 10.7. schließlich, um 18.15 Uhr, stürmten 2 Züge der Bepo ohne jede Vorwarnung mit Knüppeln und Spitzhaken (!) das Haus. Wir sollten offensichtlich am friedlichen Verlassen des Hauses gehindert werden. Von 5 Leuten wurden Fotos gemacht und die Personalien aufgenommen, einer verbrachte die Nacht zur ED- Behandlung auf der Wache.

Wir sind also ein weiteres hausloses Hausprojekt, hoffen aber, diesen Mißstand bald beheben zu können. Einstweilen gibt uns die Rückkehr zur Theorie die Möglichkeit, unsere " Programmatik" etwas auszufeilen.

Bewegung 10. Juni


Die Wagenburg Henriette besetzte vom 30.5. bis zum 2.6. einen Bauwagenplatz in Altona an der Borselstraße.

Stegemühlenweg 22 in Göttingen bleibt !
Nutzungsverträge für die BesetzterInnen !
Enteignet SpekulantInnen !

STANDIGE TERMINE IN DER ROTEN FLORA

Mo 17.00-20.00 Motorradgruppe

Di 16.00-18.00 Veranstaltungsgruppe Sprechstunde

20.00. ......Radio St.Paula (Plenum, nur für Frauen)

jeden 1. Dienstag im Monat offenes Treffen der Antifa- Schanzenviertel

Mi 16.00 - 20.00 Häusercafé

Do 16.00 - 21.30 Info-Café

19.00 Vokü

17.00 - 19.00 Druck-Offset-Gruppe (wir suchen noch interessierte Menschen)

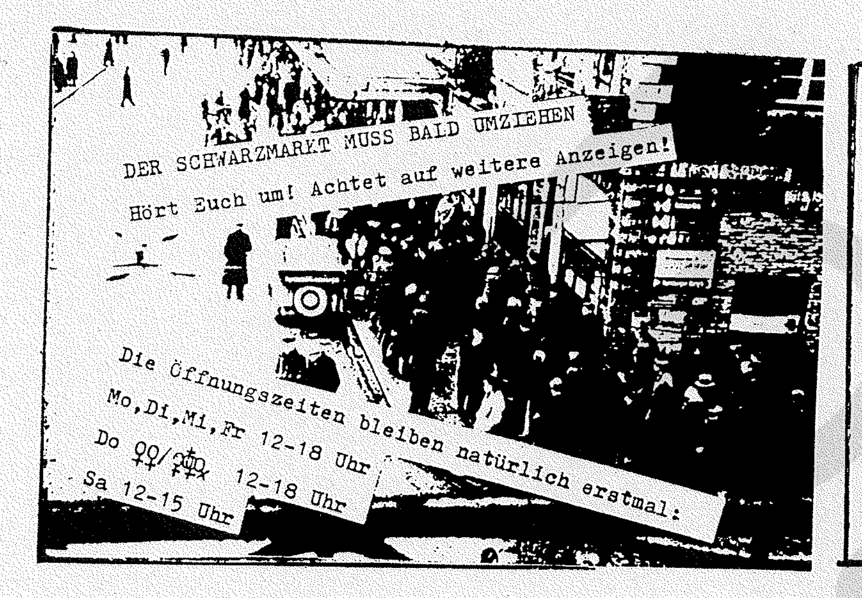
Fr (jeden 2. u. 4.im Monat)

10. u. 24.7. Info- Café der Öffentlichkeitsgruppe mit Vokü

Sa 16.00 -19.00 Fahrrad- Selbsthilfe

So 19.00 Vokü

alle 14 Tage (5. u. 19.7) Vegane Vokü









Wir drucken im Siebdruck ab einer Auflage von 5 Stck. Eure Motive schnell, günstig und bunt auf erstklassige T-Shirts, Sweat-Shirts und Stoffe aller Art.

Tel.: 390 67 46

BUCHHANDLUNG

IM SCHANZENVIERTEL

c/o DIE DRUCKEREI

LITERATUR + POLITIK	KINDERBUCH + PÄDAGOGIK
SCHULTERBLATT 55	SCHANZENSTRASSE 59
2000 HAMBURG 36	2000 HAMBURG 36
TEL. 040/430 08 08	TEL. 040/430 08 88
FAX 040/43 38 11	SPIELE 040/439 68 32
	FAX 040/43 38 11

Montag – Donnerstag 9.30 – 18.00 Uhr
Freitag 9.30 – 18.30 Uhr, Samstag 10.00 – 14.00 Uhr

Cafe & Buch
13 Jahre in der Holstenstraße
seit dem 11.11. im Karoviertel

Viele Bücher haben wir, z.B. zu den Bereichen: Anarchie, Antifaschismus, Frauen, Ökologie, Romane, Lyrik, Märchen ... auch Zeitungen, Postkarten und Plakate gibt es bei uns und, na klar - immer'n Kaffee!
Zur Zeit sind wir sieben Menschen im Kollektiv. Keine hat bei uns einen bezahlten Arbeitsplatz, das haben wir auch nie gewollt. Wenn wir durch den Verkauf von Büchern Gewinne erwirtschaften, werden diese ausschließlich zur Unterstützung von Initiativen, Kultur und Kommunikation eingesetzt.

Kommunikation ist Sabotage!





jeden Tag 11.00 bis 22:00 Uhr geöffnet

ASIA IMBISS

Spezialitäten aus

Korea - China - Thailand

Verkauf auch außer Haus

Annahme von telef. Vorbestellung

Bartelsstraße 28 * 2000 Hamburg 36 * Tel.: 040-430 33 01



